

Gemeinderatsitzung am 19. Oktober 2015

Auf der Gemeinderatsitzung am 28. 09. 2015 erhielt die Verwaltung für ihren „alternativlosen“ Vorschlag, für 1000 Flüchtlingen auf dem Waldseeplatz ein Container-Dorf einzurichten, keine Mehrheit. FBB (M. Raven) schlug daraufhin vor, nach Recherchieren von Alternativen u. a. eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Obwohl spontan von der OB abgelehnt, fand diese kurzfristig am 19. 10. 2015 statt.

Die Tops waren

1.

a) Entscheidung über weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge

b) Aktuelle Kostenkalkulation für die Flüchtlingsunterbringung

2. Nachtragshaushalt 2015

zu 1. a)

Ab diesem Monat ist mit der Zuweisung von mtl. 105 Flüchtlingen (wöchentlich ca. 26) zu rechnen.

Die Verwaltung hat erfolgreich alternative Unterbringungsmöglichkeiten gefunden:

- Die Anmietung privater Projekte: Maria-Viktoria-Straße 15/Lichtentaler Straße 52; Hotel Adler in Oos; Schwesternheim Klinikum Mittelbaden

- Neben „temporären Bauten“ mit einer kalkulierten Nutzungszeit von 7 Jahren (Container-Wohnungen) soll verstärkt massive Bauweise mit möglicher Anschlussnutzung Wohnen bzw. Gewerbe (30 bis 50 Jahre Nutzung) forciert werden. Standorte sind: Am Sportplatz (Sandweiher); Im Rollfeld, Hüfenau, Optionsfläche Baubetriebshof (Oos); Alemannenstraße/Keltenweg (Weststadt); Am Sauersbosch, Am Tennisplatz (Geroldsau); Kolbenacker, B3 Sommerstraße (Steinbach) und 1x? (Neuweiher)

- Dadurch kann die Belegung auf dem Waldseeplatz auf 300, maximal 312 Plätze reduziert werden. (nur Erdgeschoßwohnungen, kein Eingriff in den Untergrund)

zu 1. b)

Kostenträger für die Baumaßnahmen sind Stadt und ihre Töchter GSE und GEBB. Die Kostenhöhe wird auf ca. 25 Millionen € geschätzt.

Ferner wurde beantragt, über 80 neue Stellen für ein einzurichtender Fachbereich „Asyl“ einzurichten. Kosten 2016: 2,6 Millionen €; 2017: 4,1 Millionen €

Der FBB – Vorschlag (H. Liesen), aus der Verwaltung zwischen 30 bis 40 Stellen abzustellen, wurde vehement abgelehnt.

Die Diskussionen erwiesen sich im wesentlichen als Scheindiskussionen. Vorab gab es eine Absprache zwischen CDU, SPD und Grünen, dem Paket der Verwaltung zuzustimmen. Dies änderte sich auch nicht nach einer Beratungspause. Freie-Wähler , FDP und wir (FBB) stimmten gegen das Paket. Martin Ernst begründete dies vor allem, weil damit die Verschuldung der Stadt um ca. 15 Millionen zunähme und kein Konzept für eine in die Pflichtnahme der Flüchtlinge (Eigenverantwortung) und Integration vorliege.

zu 2.)

Der Nachtragshaushalt wurde ohne Diskussion mit den Gegenstimmen der FBB durchgewunken.